

PARLAMENTSREDE von Andreas Otto, MdA – Bau- und wohnungspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin
16. Wahlperiode, 52. Sitzung vom 24. September 2009 zum Thema: Energetische Sanierung durch Klimaschutzumlage.

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Energetische Sanierung durch Klimaschutzumlage forcieren, das ist unser Anliegen mit diesem Antrag. Das Wohnen in Berlin und überhaupt in unserem Land steht vor zwei ganz großen Herausforderungen. In Zeiten von Wirtschaftskrise, steigender Arbeitslosigkeit, sinkenden Realeinkommen und gleichzeitig ansteigenden Mieten wird das Klima rauer und schwieriger für Menschen, die eine Wohnung suchen oder die knapp bei Kasse sind. In verschiedenen Stadtteilen Berlins, genau wie in anderen Großstädten, ist es schwer für Alleinerziehende, manche Familien, Menschen mit geringem Einkommen, eine Wohnung zu finden. Es mangelt an Chancengleichheit. Das sind soziale Fragen. Dafür schlagen wir als Bündnis 90/Die Grünen Lösungen vor.

Wir haben in diesem Haus eine Bundesratsinitiative angeregt, das Mietrecht bei Neuvermietungen zu präzisieren. Von der Koalition ist dies abgelehnt worden.

[Franziska Eichstädt-Bohlig (Grüne): Hört, hört!]

Sie haben für diese Probleme keine Lösungen, nicht einmal Vorschläge, die diskussionsfähig sind. Stellen Sie sich der sozialen Herausforderung des Wohnens in der Stadt! Denn das ist nicht die einzige Herausforderung. Klimaschutz und hohe Energiekosten sind eine weitere, der wir uns alle zu stellen haben.

[Beifall von Heidi Kosche (Grüne)]

Fast sämtliche Gebäude der Stadt sind nicht langfristig zukunftsfähig, auch wenn seit 1990 schon viel investiert und viel getan worden ist. Es sind enorme Investitionen in den Gebäudebestand notwendig – und das muss finanziert werden.

[Beifall bei den Grünen]

Im Mietwohnungsbestand, das wissen die meisten, werden Modernisierungen umgelegt auf die Miete und 11 Prozent der Kosten auf die Jahresmiete aufgeschlagen. Wir haben große Investitionen vor uns, hohe Kosten, und deshalb wollen wir das spezifisch für die Mieterinnen und Mieter senken und schlagen vor, es auf 9 Prozent zu begrenzen.

[Beifall bei den Grünen – Ralf Hillenberg (SPD): Wow!]

An dieser Stelle treffen sich die sozialen Fragen und die Klimafrage. Wir wollen mit diesem Antrag erreichen, dass Mieter nur dann für Modernisierungen zusätzlich bezahlen müssen, wenn es sich um Energieeinsparung handelt oder um das Einsparen von Wasser. Andere Vorhaben wie etwa der Anbau von Balkonen, Einbauküchen oder Parkettboden sind dann Verhandlungssache. Das muss nicht jeder bezahlen, der das nicht kann oder nicht will. Das ist der Kern unseres Antrags. Das ist ein guter Vorschlag, das Soziale mit dem, was aus Klimaschutzgründen notwendig ist, effizient zu verbinden.

[Beifall bei den Grünen]

Die Senatorin Lompscher diskutiert gegenwärtig ein Klimaschutzgesetz für Berlin. Dieses Gesetz hat zum Ziel, insbesondere Bestandsgebäude durch energetische Maßnahmen

zukunftsstauglich zu machen. Wir unterstützen sie in ihrem Anliegen und bringen Verbesserungsvorschläge ein.

Hingegen findet sie in der SPD wenig Rückhalt. Wir konnten der Presse entnehmen, dass die Abgeordneten Sven Kohlmeier und andere sich zu Wort gemeldet und gesagt haben, natürlich sei man für den Klimaschutz, aber für ein solches Gesetz gebe es in der SPD-Fraktion keine Mehrheit.

[Zuruf von Sven Kohlmeier (SPD)]

Er, so Herr Kohlmeier weiter, werde jedenfalls dieser mieter- und eigentümerfeindlichen Politik Lompschers nicht zustimmen.

[Zuruf von Daniel Buchholz (SPD)]

Wenn Sie etwas in der sozialen Frage unternehmen wollen, wenn Sie etwas für den Klimaschutz tun möchten, dann stimmen Sie unserem Antrag zu. Es ist der Antrag, der dieses Problem aufgreift und der eine Lösung vorschlägt. Es ist von keiner anderen Fraktion und insbesondere nicht von Rot-Rot irgendetwas beantragt, vorgeschlagen oder beschlossen worden. Dieser Antrag verfolgt sozialpolitische Ziele und will die Kosten für die Bewohner begrenzen. Ich glaube, das ist ein Ziel, das dieser Stadt und dem Wohnen in Deutschland nützt. Deshalb bitte ich an dieser Stelle noch einmal herzlich um Ihre Zustimmung. – Danke!

[Beifall bei den Grünen]